

(Guido Wolf)

Ich kann Ihnen nur noch einmal empfehlen, auch bei der Wahrheit zu bleiben. Es ist völlig klar, dass wir seitens der CDU-Fraktion dazu stehen, so, wie es übrigens auch der Umweltminister in einer durchaus moderaten Tonalität eingebracht hat und wie er es in einer dpa-Meldung seinerzeit zum Ausdruck gebracht hat: Der SuedLink dürfe nicht zu einem politischen Kuhhandel werden. Die Trasse sei im Bundesbedarfsplangesetz von 2013 verankert; dem habe damals auch Bayern im Bundesrat zugestimmt. Bei einer Neuplanung würde man erhebliche Zeit verlieren.

Man kann es also auch vernünftig ausdrücken. Das ist zielführender als Kampfgeschrei und bloßes Getöse. Und das ist auch die Position der CDU.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Bravo-Rufe von der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Man merkt, dass das Fernsehen heute da ist, da spricht er regelmäßig!)

Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Kollege Wolf, ich bin schon überrascht, dass Sie davon sprechen, dass wir hier angeblich eine Phantomdebatte führen. Es geht um die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft in Baden-Württemberg, um die Frage, ob wir noch Versorgungssicherheit im Strombereich haben. Da von einer Phantomdebatte zu reden, das ist weit, weit von der Ernsthaftigkeit dieses Problems entfernt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut!)

Herr Kollege Wolf, es geht hier auch nicht um Legendenbildung. Ich habe noch ein gewisses Verständnis dafür, dass Pressemitteilungen, die natürlich auch viel schneller als Zumeldungen herausgehen, vielleicht noch ein unglückliches Wort enthalten. Aber es war nicht der erste Vorgang. Der erste Vorgang war vielmehr der gemeinsame Antrag von SPD, Grünen und FDP/DVP, in dem wir klar gesagt haben:

(Glocke des Präsidenten)

Auf der Basis des bestehenden Bundesbedarfsplans erfolgt der Ausbau des Stromnetzes in Deutschland. Da haben Sie sich verweigert. Das ist das, was bei uns für große Skepsis sorgt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Stober, gestatten Sie Zwischenfragen der Kollegen Lusche und Mack?

Abg. Johannes Stober SPD: Ich möchte gern noch zwei, drei Sätze zu Ende ausführen, dann gern.

Ich möchte noch auf eines in der Sache hinweisen: Wir hatten – ich habe mir noch einmal die Unterlagen angeschaut – die aktuelle Analyse des SuedLinks der Bundesnetzagentur, und da steht eine ganz interessante Geschichte drin: Dieser Vorschlag, den Herr Seehofer jetzt gemacht hat, nämlich bis Gundremmingen, wurde in leicht veränderter Form, nämlich

bis Goldshöfe – was dort in der Nähe ist, wenn auch auf württembergischer Seite und nicht auf bayerischer Seite –, schon einmal geprüft und verworfen. Was ist anschließend passiert? Anschließend ist – der Kollege Untersteller hat es gesagt – der Bundesbedarfsplan nach dieser Analyse so beschlossen worden, wie er jetzt ist; sprich Endpunkt Grafenrheinfeld. Daran gibt es nichts zu deuteln, lieber Kollege Wolf.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Was wir jetzt zu tun haben: Wir kennen den Endpunkt im Norden, Wilster, wir kennen den Endpunkt im Süden, Grafenrheinfeld, und auf diesem Weg muss man jetzt die optimale Trasse finden. Das muss man machen. Das ist ein zweistufiges Verfahren. Aber wer den Anfangs- und den Endpunkt infrage stellt, der verzögert den Netzausbau. Das stellt die Versorgungssicherheit in unserem Land infrage, und davon haben Sie sich nicht klar abgegrenzt, Herr Kollege Wolf.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut!)

Wie man es positiv machen kann, will ich hier noch einmal sagen. Sowohl Kollege Glück als auch Kollege Untersteller haben es angesprochen: Wir haben das Ultratnet mit einem Endpunkt in Baden-Württemberg, um den Wegfall der Stromproduktion aufgrund des Abschaltens des Kernkraftwerks Philippsburg zu ersetzen. Diese Planungen laufen gut, die Trasse ist unumstritten, es gibt im Augenblick noch eine Diskussion um den Konverter. Oberbürgermeister Walter Heiler ist dort in einer sehr konstruktiven Rolle unterwegs; es gibt einen anderen Bürgermeister, der da ein bisschen Probleme macht, aber wir machen das sehr konstruktiv und ohne dass es wirklich große Debatten öffentlich und bundesweit gibt. Das ist vorbildlich, und daran sollten sich auch die Bayern orientieren. Das ist ein guter und auch konstruktiver Weg, den wir gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, es gibt noch zwei Zwischenfragen.

Abg. Johannes Stober SPD: Ja. Ich habe noch eine und eine dreiviertel Minute, um die Zwischenfragen zu beantworten.

Präsident Wilfried Klenk: Kollege Lusche, bitte.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Herr Kollege Stober, da Sie die seinerzeitige Debatte ansprachen: Ist Ihnen bekannt, dass das gesamte Verfahren – der Umweltminister hat es beschrieben – hoch differenziert ist – Szenariorahmen, Netzentwicklungsplan, Bundesbedarfsplan – und dass diese Planungen regelmäßigen Überprüfungen unterliegen? Und ist Ihnen bekannt, dass deshalb beispielsweise in Baden-Württemberg im Bereich Wendlingen, Goldshöfe Leitungen, die ursprünglich vorgesehen waren, im Wege der Nachjustierung nicht so kommen sollen, wie sie ursprünglich einmal vorgesehen waren?

Würden Sie mir bitte einfach bestätigen, dass das Gegenstand unserer damaligen Debatte und Auseinandersetzung um die verschiedenen Anträge war, aber keinesfalls die bayerische Haltung, zu der wir eine glasklare Position auch im Umweltausschuss bezogen haben? Würden Sie also bitte bestätigen, dass es in der damaligen Diskussion gerade nicht ausschließ-

(Ulrich Lusche)

lich um Bayern, sondern auch noch um andere Aspekte ging und deshalb kein gemeinsamer Antrag zustande kam?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Johannes Stober SPD: Warum kein gemeinsamer Antrag zustande kam, müssen Sie erklären. SPD, Grüne und FDP/DVP haben das gemacht, und sie haben ihre Sicht an der Stelle erst dargestellt.

(Vereinzelt Beifall)

Klar ist: Der Bundesbedarfsplan enthält natürlich auch eine Evaluierung. Aber was überhaupt nicht geht, ist, Trassen, die schon mehrfach untersucht sind und bei denen klar ist, das sie jetzt kommen müssen, bei denen wir auch in den entsprechenden Verfahren sind, noch einmal infrage zu stellen. Bei dem Projekt, das strittig war, ging es gar nicht um den Bundesbedarfsplan, sondern das sogenannte EnLAG – das sind zwei Gesetze an dieser Stelle.

Wenn sich die CDU jetzt hier klar positioniert für den Sued-Link mit dem Startpunkt und dem Endpunkt, wie wir ihn haben, dann bin ich der CDU-Fraktion dankbar dafür. Nur hätte ich es gern aus den Reden Ihres Fraktionsvorsitzenden heraushören wollen, Herr Kollege Lusche.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Mack, Ihre Zwischenfrage bitte.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Kollege Stober, Sie haben jetzt mehrfach falsch diesen Antrag angesprochen. Es war ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen vorbereitet. Dann hat die CDU diesem Antrag nicht zugestimmt, und zwar deswegen, weil die Trasse Goldshöfe–Bünzwangen damals hinsichtlich ihrer Notwendigkeit sehr fragwürdig war und heute tatsächlich herausgenommen ist. Dann haben Sie damals Ihren eigenen Antrag geändert, weil Ihre eigenen Leute gesagt haben: „Wir stimmen diesem Antrag nicht zu, sondern wir stimmen dem Antrag der CDU zu, wenn es so bleibt.“ Daraufhin haben Sie den eigenen Antrag geändert.

Sind Sie bereit, das anzuerkennen? Der Umweltminister wollte damals noch die Trasse Goldshöfe–Bünzwangen bauen, obwohl sie mittlerweile für unnötig erklärt wurde. Wollen Sie denn in Baden-Württemberg Trassen bauen, die wir gar nicht brauchen?

(Minister Franz Untersteller: So ein Unsinn!)

Abg. Johannes Stober SPD: Großer Unfug ist schon einmal, dass der Umweltminister diese Trasse bauen wollte. Richtig ist, dass wir diese Ergänzung vorgenommen haben. Richtig ist aber auch, dass Sie trotzdem nicht zugestimmt haben. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Selbst mit dieser Änderung – Bei dieser Trasse geht es auch gar nicht um das Bundesbedarfsplangesetz, sondern um das EnLAG.

Ich wünsche mir für dieses Land und für die Energiewende in Deutschland von Herzen, dass sich die CDU-Fraktion im

Landtag von Baden-Württemberg und insbesondere ihr Fraktionsvorsitzender klar hinter den Netzausbau stellt. Heute ist das für mich nicht in der notwendigen Klarheit durchgekommen. Aber Sie haben immer noch die Möglichkeit, das entsprechend öffentlich zu kommunizieren.

(Abg. Guido Wolf CDU: Ihr Ergebnis war schon vor der Debatte klar!)

Ich gehe auch fest davon aus, dass die Fernsehsender Ihnen die Mikrofone zur Verfügung stellen werden. Deswegen: Tun Sie es im Interesse unseres Landes Baden-Württemberg, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut!)

Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich dem Kollegen Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vorhin mit dem „blauen Wachstum“ angefangen. Wir wollen Stärken stärken. Die Stärken von Baden-Württemberg sind Innovation, Effizienz, und mit Sicherheit verfügt unser Land auch über Stärken beim Thema Kapital, bei Windkraftanlagen an Standorten, wo der Wind weht.

Dazu brauchen wir eben den Netzausbau. Das ist völlig klar. Ein Netzausbau ist hier nicht irgendwie altruistisch, sondern ein Netzausbau ist dringend notwendig, eine Lebensader, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Übrigens ist der Minister der Einzige, der heute auch noch von dem Verteilungsnetzausbau gesprochen hat. Dafür bin ich dem Minister dankbar. Dazu möchte ich an dieser Stelle gleich noch etwas anmerken: Es gibt auf eigenverbrauchten Strom eine EEG-Umlage in Höhe von 40 %. Das bedeutet, auf den Strom, den ich über eine Solaranlage auf dem Dach meines Hauses erzeuge, den ich in einer Batterie bei mir zu Hause speichern möchte, den ich schließlich über den Betrieb meines Radios zu Hause wieder verbrauchen möchte, erhebt man eine EEG-Umlage in Höhe von 40 %.

(Zuruf von den Grünen)

– Ich weiß natürlich, dass dies ein Bundesthema ist. Warten Sie es doch einmal ab, Herr Kollege. Vielleicht sage ich ja gleich noch etwas dazu, dass das ein Bundesthema ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen uns alle dafür einsetzen, dass dieser Schwachsinn beendet wird. Diese Praxis kann doch nicht wahr sein.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Andernfalls müsste man zukünftig auch die Karotten, die im eigenen Garten wachsen, mit einer EEG-Umlage belasten. Denn es ist das gleiche Sonnenlicht, das bei einer Pflanze Photosynthese macht.

Wie hängt das jetzt mit den Stromnetzen zusammen? Das hängt deswegen mit den Verteilnetzen zusammen, weil sich die Stromspeicher zu Hause jetzt auch finanziell rentieren würden – Solarstrom für ungefähr 9 Cent pro Kilowattstunde